

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Gemeinl. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Kreisbauernschaft Großschalk, des Amtsgerichts, der Kreisbauernschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkassentext: Dresden 1880
Groschlo Riesa Nr. 82.

Nr. 37.

Donnerabend, 18. Februar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Schwankungen der Wägen und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 49 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; Nebenaender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerkung: Bei Anzeigen, die durch die Redaktion abgelehnt werden, wird der Auftraggeber in Anspruch genommen. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtigkeitsunterhaltungsbeiträge: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Götterstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Ausgabeleihe des Reichsetats.

Während des letzten Jahres war häufig harte Kritik daran verübt worden, daß der deutsche Haushaltsplan im Vergleich mit der Vorkriegszeit bedeutend angewachsen ist. Die ungeheure Steuerbelastung, die im Zusammenhang damit unvermeidlich war, wurde allenthalben hart beklagt. Die Rede, die der Finanzminister Reichel am vergangenen Sonntag im Reichstag hielt, brachte über die Ausgabeleihe interessante Einzelheiten, aus denen hervorgeht, daß der häufig erhobene Vorwurf einer staatlichen Mißwirtschaft nur in beschränktem Umfange berechtigt ist, während die Steigerung der Ausgaben zum großen Teil auf Momente zurückzuführen ist, die in unserer unglücklichen Vergangenheit zu suchen sind. Es ist daher zu begrüßen, daß das Reichsfinanzministerium gemeinsam mit dem statistischen Reichsamt Überlichten ausarbeiten ließ, in denen Ausgaben und Einnahmen des Reiches nach der Rechnung für 1913 und dem Vorschlag für 1926 sachlich nach Verwendungszwecken und Einnahmearten gegliedert sind. Man hat hierbei versucht, alle Posten, die nicht dem Reiche, sondern Dritten zur Last fallen, auszuscheiden und die Bruttosumme von allen Ueberweisungen, durch laufende Posten und etatmäßige Doppelbuchungen zu bereinigen. Die bereinigten Bruttosummen ergaben für 1913 2,6, für 1926 4,9 Milliarden Reichsmark, die Ausgaben des Jahres 1926 sind demnach um 1,3 Milliarden höher veranschlagt, als die Ausgaben nach der Rechnung des Jahres 1913. Um den eigentlichen Staatsbedarf darzustellen, hat man zweckmäßigerweise die bei den Betriebsverwaltungen erwachsenen Bruttosummen von den Gesamtausgaben abgezogen. Der so errechnete Staatsbedarf beläuft sich für 1913 auf 2,6, für 1926 auf 4,9 Milliarden. Die Steigerung der Ausgaben gegenüber 1913 beträgt also 2,3 Milliarden d. h. 85 Prozent. Dieser Mehrbedarf erklärt sich in erster Linie durch die unmittelbaren Ausgaben infolge des Krieges und der Befähigung, die allein einen Aufwand von 2,1 Milliarden, also 49 Prozent der Gesamtausgaben für sich beanspruchen. Diese Ausgaben sehen sich zusammen aus Militärverforgungsgebühren, Entlohnung der Kriegesbediensteten und Hinterbliebenenunterstützung mit 1,1 Milliarden, den inneren Kriegskosten mit 700 Millionen, den Reparationsleistungen mit 600 Millionen und sonstigen Ausgaben für Befähigung usw. mit 32 Millionen. Dem gegenüber hat das Reich im Jahre 1913 nur 70 Millionen für diese und ähnliche Zwecke aufzuwenden gehabt. Setzt man diese Ausgaben in beiden Jahren ab, so stellt sich der gesamte Staatsbedarf 1913 auf 2,6, 1926 auf 2,5 Milliarden. Der Ausgabenbedarf ist 1926, was auf den ersten Blick übersehen dürfte, also geringer als 1913. Bedingt ist diese Erleichterung vor allem dadurch, daß die Ausgaben für Heer und Marine um nicht weniger als 1,3 Milliarden gesunken sind. Erhöht haben sich demgegenüber die Kosten für die Schussposten im Betrage von 190 Millionen, die Ausgaben für Zivilpensionen und Beamtenunterstützungen in Höhe von 107 Millionen, die Ausgaben für soziale Zwecke im Betrage von 300 Millionen und ein Mehraufwand zugunsten der Schuldenverwaltung zwecks Ablösung von Markanleihen um 73 Millionen. Nach Abzug dieser Ausgaben bleibt der Etat für 1926 noch mit 1167 Millionen Mark belastet. Gegenüber 1913 ist das eine Mehrbelastung von 867 Millionen. Diese Mehrbelastung hat ihre Ursache in dem Uebergang der Post- und Steuerverwaltungen auf das Reich, die eine Mehrbelastung von 311 Millionen brachte und in der Uebernahme der Wasserstraßenverwaltung von den Ländern auf das Reich, aus der dem Reiche ein Mehraufwand von 165 Millionen Reichsmark erwachsen ist.

Eine wesentliche Entlastung des Reiches ist allerdings bisher dadurch ausgefallen, daß die Reichspost seitdem fast selbständig geworden ist, eine andere Finanzpost treibt, als es früher üblich war, die Reichspost 1913 brachte die Reichspost dem Reiche einen Ueberschuß von jährlich fast 100 Millionen. In den letzten Jahren waren die Ueberschüsse der Reichspost sehr gering. Häufigerweise wurden sie überwiegend in Neuanlagen investiert. Die Reichspost trieb eine Finanzpolitik, wie man sie nur bei Unternehmern findet, die vom Geschäft recht wenig verstehen. Dauernde Anlagen wurden über Unterkonten verbucht. Die unerhöht hohen Fernspreckgebühren mußten dazu herhalten, in Berlin und anderen Großstädten Deutschlands, neue Telefonämter zu bauen. Die Befähigung der Wirtschaft durch die Postgebühren macht sich immer mehr fühlbar. Die scharfe Unterscheidung zwischen verbundene und nicht verbundene Ausgaben, wie sie der neue Reichsfinanzminister gemacht hat, sollte sich auch der Reichspostminister zu Eigen machen. Aus den der Wirtschaft belastenden Gebühren dürfen nur Beträge gedeckt werden, die wirklich Unkosten sind. Reinvestitionen aber sind verbundene Anlagen. Sie werden Verzinsung ab und ermöglichten Amortisation. Die Gebühren der Post können ebenso scharf herabgesetzt werden, wie es mit den Steuern geschieht, wenn man auch bei der Post zwischen ordentlichem und außerordentlichem Etat unterscheidet und Best darauf legt, daß nur das an Gebühren aus der Wirtschaft herausgelöst wird, was zur Aufrechterhaltung nicht aber zur Verbesserung des Betriebes notwendig ist.

Wenn es dem neuen Reichsfinanzminister gelingt, wird die Ausgabeleihe des Etats herabzusetzen, so wird dies zu begrüßen sein. Da in den nächsten Jahren Deutschlands Belastung aus dem Danne-Gutachten steigt, wird jeder Deutsche eine Verabfolgung der inneren Lasten begrüßen. Daß die deutsche Wirtschaft mehr denn je der Schwere bedarf, ist heute allgemein bekannt. Deshalb

Völkerbundstagung am 8. März.

Einberufung einer Völkerbundsversammlung auf den 8. März.

Genf. Der Völkerbundrat hielt gestern nachmittags unter dem Vorsitz des italienischen Gesandten in Bern Barbaso eine kurze vertrauliche Sitzung ab, um sich mit dem Antrag der deutschen Regierung betreffend Aufnahme in den Völkerbund zu befassen. Der Sitzung wohnten folgende Vertreter bei: Genesio, französischer Vorkämpfer in Bern, Cuinones de Leon, spanischer Vorkämpfer in Paris, Kändler, Vertreter Brasiliens in Genf, Belger, belgischer Gesandter in Bern, Sperling, britischer Gesandter in Bern, Deperla, schwedischer Gesandter in Bern, Krieger, japanischer Gesandter in Bern, und Dennis, schwedischer Gesandter in Bern. Der Völkerbundrat beschloß nach kurzer Beratung auf Montag, den 8. März, nachmittags eine außerordentliche Völkerbundsversammlung einzuberufen, welcher folgende Fragen zur Behandlung unterbreitet werden sollen: 1. Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, 2. Artikel 4 des Völkerbundesvertrages betreffend die Zusammensetzung des Völkerbundesrates, 3. Beitritt Deutschlands zu den Ausgaben des Völkerbundes, 4. Eröffnung des Gebäudes für die Abhaltung der Völkerbundsversammlung.

Der Streit um die Natshige.

Paris. Die französische Regierung sucht es dahin zu bringen, daß bei der Einräumung eines Natshiges im Völkerbundrat an Deutschland zusätzlich auch Spanien, Polen und Brasilien in derselben Weise berücksichtigt werden, um eine sichere antideutsche Mehrheit im Völkerbundrat zu schaffen. Aus dem Notenwechsel, der dem Aufnahmeantrag Deutschlands angehängt worden ist, geht klar hervor, daß Deutschland als eine seiner Bedingungen auch die Aufnahme hat, daß es einen ständigen Sitz im Völkerbundrat erhalte. Diese Bedingung ist auch durch die letzten Julagen der alliierten Mächte erfüllt worden. Ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund würde nach der Auffassung der maßgebenden Stellen für Deutschland ohne einen Sitz im Völkerbundrat nicht in Frage kommen. Wenn nun aber noch neue Sitze im Völkerbundrat für andere Staaten geschaffen werden sollen, so müßte das als eine Inkonsequenz der alliierten Mächte angesehen werden, die die Sachlage vollkommen veränderte und Deutschland vor eine neue Situation stellen würde. Sollte dieser Fall eintreten, so bleibt der deutschen Regierung eine neue Stellungnahme dazu vorbehalten; es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß die Reichsregierung die Entwicklung dieser Frage aufmerksam verfolgen wird.

Die Zusammensetzung des Völkerbundesrates.

London. (Zuspruch.) Die Frage der Gewährung eines ständigen Natshiges an ein anderes Land als Deutschland wird weiter eifrig erörtert. Mit Ausnahme der Norwegische erklären sich sämtliche Blätter entschieden gegen ein solches Verfahren. In einigen Blättern kommt aber ein gewisser Zweifel über den tatsächlichen Standpunkt der britischen Regierung zum Ausdruck. — Daily News schreibt, bevor Chamberlain in Paris mit Briand zusammengetroffen sei, habe es keine Unterbreitung für einen solchen Vorschlag gegeben. Jetzt aber sei man der Meinung, es spreche viel

muß auch dann weitgehendste Sparbarkeit gefordert werden, wenn man anerkennt, daß der Haushalt auf Grund der vorstehend genau wiedergegebenen Zahlen nicht so verschwendert und äppig anzusehen ist, wie man vielfach von ihm behauptet.

Ehrenbain für die gefallenen deutschen Krieger.

Berlin. Der Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern mittag die Vertreter des Ruffenbundes, des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, des Stahlhelms und des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, die ihm in Gegenwart des Reichsministers des Innern den gemeinschaftlichen Wunsch der Frontkämpferverbände mitteilten, im Osten Deutschlands als Ehrenbain für die Gefallenen des Weltkrieges einen Ehrenbain zu schaffen. Bereits über 100 deutsche Städte haben sich bereit erklärt, Grund und Boden und finanzielle Zuschüsse zur Verfügung zu stellen. Von verschiedenen Seiten wird ein Ehrenbain am Fuße des Ruffenbundes oder am Park von Weimar vorgeschlagen. Eine Entscheidung ist bisher noch nicht gefallen. Das Reichsministerium des Innern ist jedoch beauftragt, die Entscheidung zu beschleunigen.

Kleinrentner-Interpellation im Reichstag.

Berlin. Nach Aufhebung des selbständigen Kleinrentner-Gesetzes und der Einbeziehung der Kleinrentner in die allgemeine Fürsorge hat sich die Lage vieler Kleinrentner sehr ungünstig und demütigend gestaltet. Das ist um so bedeutungsvoller, als die Auswertungs-gesetze den Rentnern nur sehr wenig bringen. Die unbilligen Verhältnisse, die sich in der Fürsorge vielfach heraus-

gedrückt haben, haben Veranlassung gegeben zu einer Interpellation der Deutschen Volkspartei im Reichstag, worin die Reichsregierung gefragt wird, was sie zu tun gedenke, um die Versorgung der Kleinrentner im Sinne des Kleinrentner-Gesetzes vom Jahre 1923 wiederherzustellen und für die Kleinrentner eine würdige Form des Ausleichs für den erlittenen Schaden zu sichern. Diese Interpellation wird baldigt im Plenum des Reichstages zur Beratung kommen und voraussichtlich mit der Erörterung des Haushalts des Arbeitsministeriums verbunden werden.

Paris. (Zuspruch.) Der Sonderberichterstatter des Matin in Genf Julius Zuerwein will festgestellt haben, daß der Völkerbundrat, wie es scheint, auf alle Fälle gesonnen sei, die Zahl seiner Mitglieder von 10 auf 14 zu erhöhen. Unter diesen Umständen würde die Zahl der ständigen Mitglieder von 4 auf 7 gebracht und zwar durch die Wahl Deutschlands, Spaniens und Polens, auf 8 wenn man auch Belgien zulassen wolle. In letzterem Falle würden 6 Sitze, die nicht händig sind, zur Verteilung kommen. Drei von ihnen würden Latein-Amerika durch stillschweigendes Uebereinkommen zufließen. Das die drei übrigen Stellen an andere einen Vertreter der kleinen Entente und der letzte einem asiatischen Staate übertragen werden. Zuerwein stellt selbst die Frage, ob diese Lösung in London gebilligt werden wird. Werde nicht England Bedenken haben, zu gleicher Zeit Polen und Belgien, die mit Frankreich alliiert sind und Spanien, das in der Marokkanenfrage mit Frankreich assoziiert ist, je einen Sitz zu übertragen?

Die französischen Wünsche in der Frage der Natshige.

Paris. (Zuspruch.) Der Sonderberichterstatter des Matin in Genf Julius Zuerwein will festgestellt haben, daß der Völkerbundrat, wie es scheint, auf alle Fälle gesonnen sei, die Zahl seiner Mitglieder von 10 auf 14 zu erhöhen. Unter diesen Umständen würde die Zahl der ständigen Mitglieder von 4 auf 7 gebracht und zwar durch die Wahl Deutschlands, Spaniens und Polens, auf 8 wenn man auch Belgien zulassen wolle. In letzterem Falle würden 6 Sitze, die nicht händig sind, zur Verteilung kommen. Drei von ihnen würden Latein-Amerika durch stillschweigendes Uebereinkommen zufließen. Das die drei übrigen Stellen an andere einen Vertreter der kleinen Entente und der letzte einem asiatischen Staate übertragen werden. Zuerwein stellt selbst die Frage, ob diese Lösung in London gebilligt werden wird. Werde nicht England Bedenken haben, zu gleicher Zeit Polen und Belgien, die mit Frankreich alliiert sind und Spanien, das in der Marokkanenfrage mit Frankreich assoziiert ist, je einen Sitz zu übertragen?

gebildet haben, haben Veranlassung gegeben zu einer Interpellation der Deutschen Volkspartei im Reichstag, worin die Reichsregierung gefragt wird, was sie zu tun gedenke, um die Versorgung der Kleinrentner im Sinne des Kleinrentner-Gesetzes vom Jahre 1923 wiederherzustellen und für die Kleinrentner eine würdige Form des Ausleichs für den erlittenen Schaden zu sichern. Diese Interpellation wird baldigt im Plenum des Reichstages zur Beratung kommen und voraussichtlich mit der Erörterung des Haushalts des Arbeitsministeriums verbunden werden.

Eine Auslandsanleihe zum Wohnungsbau?

qu. Berlin, 12. Februar 1926. Aus sozialdemokratischen Parlamentskreisen wird der Presse mitgeteilt, daß das Reichsarbeitsministerium eine Denkschrift ausgearbeitet hat, die sich mit der Frage der Einberufung der Wohnungsmot beschäftigt. In dieser Denkschrift werde auch die Aufnahme einer Auslandsanleihe erwogen, mit deren Hilfe der Neubau von Wohnungen in größerem Umfange ermöglicht werden soll. Selbst bei ärmlicher Schätzung fehlen zur Zeit in Deutschland mindestens 600 000 Wohnungen, dazu komme der jährliche Neubedarf von mindestens 150 000 Wohnungen. Wenn eine Katastrophe auf dem Wohnungsmarkt vermieden werden soll, müsse der Wohnungsbau sofort in weitestem Maße gefördert werden.

Um das Reichsschulgesetz.

Berlin. Im Reichstage hat die Zentrumsfraktion einen Antrag auf beschleunigte Vorlegung des angehängten Reichsschulgesetzes eingebracht.